

# Laibacher Zeitung.



Nr. 257.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 9. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst br. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1865.

## Amflicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Kabinettschreiben vom 31. Oktober d. J. Allerhöchstem Minister für Handel und Volkswirtschaft Kontreadmiral Bernhard Freih. v. Wüllerstorff-Urbair die Würde eines geheimen Rathes mit Rücksicht der Tugenden allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. Oktober d. J. auf Vorschlag der Akademie der schönen Künste in Venedig die an derselben systemisirte Lehrkanzler der Kunstgeschichte dem Nobile Antonio Dall'Acqua Giusti allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. November d. J. auf Vorschlag der Gemeinden, dann der Provinzial- und Zentralkongregation den Grafen Aloise Mocenigo zum Deputirten der Provinz Venedig bei der lombardisch-venetianischen Zentralkongregation allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamflicher Theil.

Laibach, 9. November.

Der neueste Leitartikel des „Politikai Hetilap“ in welchem Baron Eötvös sein Glaubensbekenntnis ablegt, führt aus, daß in dem Leben der Völker dies- und jenseits der Leitha ein Dualismus bestehe, der sich nun einmal nicht wegdekretiren lasse und daher bei einem Ausgleichsversuch nicht ungestraft ignoriert werden könne. Der Ausgleichsversuch habe aber seine Aufgabe darauf zu beschränken, jene Folgen des bereits vorhandenen Dualismus zu beseitigen, welche für die Machtstellung der Monarchie gefährlich werden könnten. Wir akzeptiren dieses Zugeständnis, insofern es die Nothwendigkeit anerkennt, die Konsequenzen jener Thatsache nicht auf die Spitze zu treiben. An einem Grundgebrehen leidet indeß seine Auffassung, wie die „Const. Oesterr. Ztg.“ treffend bemerkt, denn sie wird auf einer Petitio principii, sie wird auf dem Sage aufgebaut, der erst noch des Beweises bedürftig ist, daß nur der Dualismus möglich sei. Warum denn nicht die Einheit des Reiches? Etwas deshalb nicht, weil sie — vielleicht — schwerer zu erreichen?

Die konstitutionelle Freiheit wird weder in dem dualistischen noch in dem einheitlichen Oesterreich gefährdet sein: den Absolutismus wollen die Völker nicht und will die Krone nicht. Um die Machtstellung der Monarchie, und nur um diese, handelt es sich. Nun wohl. Wenn Baron Eötvös es als die Aufgabe der dualistisch konstituirten Monarchie bezeichnet, „jene Folgen des Dualismus zu beseitigen, welche die Machtstellung der Monarchie benachtheiligen könnten“ — warum nicht einfach diejenige Form des Staates akzeptiren, welche den Dualismus und damit auch dessen mögliche Nachteile für diese Machtstellung ausschließt? Warum erst die Folgen des Dualismus und nicht die Ursache dieser Folgen, den Dualismus selbst, beseitigen? Und weshalb kann nicht die Einheit dem Dualismus diejenigen Zugeständnisse machen, die der Dualismus der Einheit zu gewähren sogar als nothwendig erachtet? Warum noch immer nicht lernen wollen, daß man die einzelnen Pfeile zerbrechen kann, das Bündel Pfeile nicht?

Das „Neue Fremdenblatt“ glaubt, die Schwierigkeiten des Ausgleichs mit Ungarn seien nicht unüberwindlich, wenigstens nicht für eine Regierung, die ernstlich das Reich auf einer konstitutionellen Grundlage erbauen wolle. Die gemäßigtere Partei Ungarns erstrebe eine wahrhaftige Reichsvertretung, nur möchte sie ihre heimischen konstitutionellen Rechte sichern. Im Mißtrauen liege die ganze und große Schwierigkeit; man banne nur das Mißtrauen, man verwische nur die Erinnerungen und die konstitutionelle Einheit Oesterreichs werde sich aus den Anfängen, die jetzt zu erreichen sein werden, vortrefflich entwickeln. Zu den Besorgnissen, welche jeweilig bezüglich des Ausgleichs ausgesprochen werden, gehöre auch die Meinung, der ungarische Landtag werde vor den speziellen ungarischen Angelegenheiten in dieser Session gar nicht zu den staatsrechtlichen kommen, indem die Vereinbarung mit der Regierung schon an diesen Vorfällen scheitern werde. Namentlich

weise man auf die Frage der Restauration der Komitate hin, welche sich vor Allem geltend machen werde. Das sei aber ein gründlicher Irrthum. Es sei wohl ausgemacht, daß die Restauration der Komitate vor Allem in Angriff genommen werden soll, aber hauptsächlich darum, um der Komitatsfunktion eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Es sei jedoch ein Mittel gefunden, der Opposition der Komitate bezüglich der Steuereinzahlung und der Rekrutenaushhebung zu begegnen, indem der Landtag die Steuern und die militärischen Leistungen als fortbestehend bis zur weiteren Verfügung des Landtages erklären werde. Der Ausspruch des Landtages sei nach den ungarischen Gesetzen hiefür maßgebend, und die Komitate werden nur das Landtagsgesetz zu vollziehen haben. Die gemeinsamen Angelegenheiten betreffend, seien die klugen Politiker dafür, daß zuerst nur der Begriff der gemeinsamen Angelegenheiten festgestellt werde. Sei das geschehen, so werde man die Frage stellen, ob die gemeinsamen Angelegenheiten absolutistisch oder durch Reichsvertretung behandelt werden sollten. In dieses Dilemma gezwängt, werde die Reichsvertretung siegen, da Niemand in Ungarn es wagen könne, die absolute Form zu wählen.

## Ein neues Rundschreiben des Staatsministers.

Wien, 6. Nov. (Gr. A.) Die Regierung ist von der unabwieslichen Nothwendigkeit der äußersten und schnelligsten zu erzielenden Ersparnisse vollkommen durchdrungen und deshalb bemüht, jeden einzelnen Zweig der Staatsverwaltung sorgsam zu prüfen und überall, wo es ohne Benachtheiligung des Dienstes möglich ist, die weitgehendste Sparsamkeit anzuordnen. Wir haben nun Gelegenheit gehabt, in ein neues Rundschreiben des Herrn Staatsministers Grafen Belcredi Einsicht zu gewinnen, welches die Reform der politischen Administration anzubahnen bestimmt scheint. — In diesem Rundschreiben, welches wohl dafür Zeugniß gibt, wie sich der Herr Staatsminister die administrative Dezentralisation denkt, wird der obige Satz auf die Bezirksämter angewendet. Der Herr Staatsminister kennt aus eigener Erfahrung all' die Mängel und Gebrechen, mit denen der administrative Dienst, namentlich bei den Unterbehörden, behaftet ist, und welche einerseits das Motiv fortwährender gerechter Klagen von Seite des Publikums sind, andererseits aber den administrativen Dienst unverhältnißmäßig vertheuern. Einen großen Nachtheil erblickt der Herr Staatsminister in der Pflanzschreiberei und dem Formalismus, welche in den allzu ausgedehnten Grenzen der Wirksamkeit des Amtes ihren Grund haben. Dieser Stand der Dinge könne und dürfe kein dauernder bleiben und es müsse dahin gewirkt werden, einer heilsamen Reform die Wege zu bahnen. Wohl ständen die Anschauungen und Gewohnheiten eines großen Theiles der Bevölkerung mit den bezeichneten Mängeln in enger Verbindung, denn die Bevölkerung ist systematisch daran gewöhnt worden, in Allem und Jedem die Hilfe der Regierungs-Organe anzurufen. Das hervortretende mindere Geschick, die geringe Neigung zur Selbstthätigkeit sind deshalb zwar ganz unvermeidliche Erscheinungen, sie berechtigen aber durchaus nicht, der Fortsetzung des bisherigen Systems das Wort zu reden. Dadurch wird, wie der Herr Staatsminister erklärt, nur der Ernst der Aufgabe erhöht, durch die Beseitigung aller Hemmnisse der Selbstthätigkeit unabhängiger Kräfte die Bahn zu ebnen und für eine heilsame Reform der Zustände in einem wahrhaft freieitlichen Sinne zu wirken, und es liegt die Lösung dieser Aufgabe jedenfalls in der Macht der Behörden. Als oberster Grundsatz müsse festgehalten werden, daß namentlich bei den Unterbehörden Alles, was sich nur immer mündlich abthun oder doch bis zur Schlusserledigung mündlich verhandeln läßt, auch in dieser Weise behandelt werde. Die Amtstage, bei welchen die Gemeindevorsteher des ganzen Bezirkes versammelt sind, bieten die günstigste Gelegenheit, Zeit und Kraft des Amtes und des Gemeindevorstandes in einer erfolgreicherer Weise als bisher zu verwerthen, indem die Aeußerungen und Aufklärungen der Gemeindevorsteher in einzelnen Geschäftssachen in kurzem Wege entgegengenommen, wenn es nothwendig ist, Parteien vorgeladen und in dieser Weise Geschäfte in wenigen Stunden abgethan werden können, die gegenwärtig auf dem schriftlichen Wege monatlang hingeschleppt werden. In ähnlicher Weise könnten außerhalb des Amtes vorkommende Kommissionsverhandlungen dazu benützt werden, viele die Bevölkerung des Ortes, in wel-

chem die Kommission sich befindet, berührende Geschäfte abzuthun oder doch Befehle dazu zu sammeln, Parteien zu vernehmen u. s. w. Die Bevölkerung, welcher hiedurch Zeit und Geld erspart wird, würde ein solches Vorgehen gewiß nur dankbar entgegennehmen. Das Rundschreiben macht unter Anderem noch auf einen Uebelstand aufmerksam, welcher die Schreibgeschäfte in unnützer Weise vermehrt. Es sind dies die Berichte, welche von den Unterbehörden über jeden Refurs an die Landesbehörde erstattet werden und welche in der Regel ganz entfallenen können, da es Sache des Referenten bei der Landesbehörde ist, die Akten zu lesen. Auch die Personalfrage und die Art der Besetzung vakanter Stellen wird einer eingehenden Erörterung unterzogen und dabei die thunlichste Sparsamkeit dringend empfohlen. Es wird nun Aufgabe der Länderchefs sein, die geeigneten Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Geschäfte vereinfacht und Ersparnisse erzielt werden können und auf diese Weise das Material zu einer eventuellen Reorganisation des gesammten administrativen Dienstes zu liefern. Durch ein einmüthiges Zusammenwirken wird es dann der Regierung möglich werden, ihre wohlthätigen Intentionen, welche auf das Wohl der Völker und besonders der Steuerträger gerichtet sind, in raschem Zuge verwirklichen zu können.

Mag man nun über die staatsrechtliche Aktion der Regierung unter dem Ministerpräsidenten Grafen Belcredi im Reiche bisher noch so getheilte Meinung sein, mit den Grundsätzen, die den derzeitigen Staatsminister in der Lösung der gewiß auch drängenden administrativen Reform leiten, dürfte, insofern sie in dem von uns kurz skizzirten neuen Rundschreiben Ausdruck finden, man wohl im ganzen weiten Reiche einverstanden sein.

## Oesterreich.

\* Wien, 6. November. (Orig.-Korr.) Gegenüber abweichenden Nachrichten über den Unterrichtsath kann ich Ihnen als authentisch mittheilen, daß bisher außer Professor Hasner, der an der Universität mit einem Gehalte von 5000 fl. angestellt ist, noch die Herren: Gradensteiner, der den Piaristenorden verließ und Protestant wurde, Sellinek, Reis und Unger aus dem Unterrichtsath getreten sind, die übrigen Mitglieder aber ihr Mandat noch nicht zurückgelegt haben, Prof. Haimertl, früherer Präsidentenstellvertreter, auch derzeit mit dem Präsidium im Unterrichtsath betraut ist. — Heute wurde über das Vermögen des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Klaudius Höschmann (welcher sich gestern in den Donaukanal gestürzt hat) der Konkurs eröffnet und Dr. Ritter von Winwarter als Konkursmassenvertreter bestellt.

Wien, 7. November. In einer an seine Wähler gerichteten Rede hat der italienische Finanzminister Sella die venetianische Frage für eine Finanzfrage erklärt. Diese übermüthige und zugleich von politischer Taktlosigkeit zeigende Aeußerung veranlaßt die „Br. Abendpost“ zu einigen sehr richtigen Bemerkungen, die besonders an die Adresse Derjenigen gerichtet sind, welche ewig die Verständigung mit Italien predigen und dazuthun bemüht sind, daß es an Oesterreich sei, diese Verständigung zu suchen. So lange italienische Staatsmänner so sprechen, wie Herr Sella, und vielleicht aus keinem anderen Grunde, als um nur einige Stimmen mehr sich zu erbetteln, so lange bleibt auch das Gerede von einer Verständigung mit Italien eine leere Phrase. Wenn man in Italien wirklich eine Verständigung mit Oesterreich wünscht, und wir glauben, man hätte im Florenz genügenden Grund hierzu, so wäre von der Klugheit geboten, nur solchen Männern das große Wort zu gestatten, die auch in der Lage sind, es zu führen. Wenn Oesterreich Italien gegenüber von nun an noch eine größere Zurückhaltung beobachten sollte, als bisher, so möge Italien dies nur auf Rechnung seiner angeblichen „Staatsmänner“ setzen.

— Die Armee ist untheilbar. Diese These vertheidigt der „Kamerad“ in anerkannter Weise einer Zuschrift des Grafen K. Jay gegenüber. Graf Jay hatte nämlich die Furcht vor dem Begriffe des Dualismus in Oesterreich zu beseitigen versucht und dabei auf die Möglichkeit einer Armeetheilung hingewiesen, indem er sagte: „Ihne Fürchtenden meinen vielleicht, erhielt Ungarn ein eigenes Kriegsministerium, mit einer eigenen Armee, so würde dieses der freien Verwendung der kombinierten militärischen Kräfte der Monarchie höchst hinderlich, ja diese zu lähmen im Stande sein, und es liege im Bereich der Möglichkeit

ten, daß, nicht in Folge fremder Einflüsse, beim Mitwirken dieser nationalen Armee ein Umsturz im Lande herbeigeführt und der Bestand der Monarchie gefährdet werde." Hiergegen bemerkt der „Kamerad“ unter Anderem: „Unser Kaiser und Herr ist der oberste Vertreter und Leiter der Politik des Staates nach Außen und Innen, sein Werkzeug ist die Armee, die nur stark und kräftig sein kann, wenn sie aus einem Gusse, aus einem Gefüge hervorgegangen, wenn sie nur einem Befehle, einem Willen gehorcht, jenem eines Kriegsherrn. Jede Theilung der Armee muß dieselbe schwächen und muß die Sicherheit ihres Auftretens nach Außen zweifelhaft und unsicher machen, wie wir dies bei Operationen aller allirten Armeen zu allen Zeiten gesehen, wo sie es mit einem einheitlichen, gleichstarken feindlichen Heere zu thun hatten. Die schwarz-gelbe Fahne ist das althistorische Palladium unserer Ehre und unserer Pflicht, um sie allein wollen wir uns schaaren, wenn unser Kriegsherr uns ruft. Wir kennen nur einen Herrn, unsern Kaiser, wir kennen nur eine Armee, nur eine Kokarde, ein Porteepee, eine Fahne, die Fahne, die Jahrhunderte uns vorangeleuchtet in Sieg und Ehren, und für die wir, ob Ungarn, Deutsche, Slaven, Rumänen oder Italiener, mit Freude und Begeisterung in den Tod gehen, wenn wir damit für Oesterreichs Ehre, für Oesterreichs Ruhm siegen oder fallen.“

**Wesst,** 5. November. „Hon“ glaubt auf Grund der lebhaft geführten Wahlkämpfe in Ungarn schon ein beiläufiges Bild über die Physiognomie des bevorstehenden ungarischen Landtages zu geben. Das Blatt meint, es werde in diesem Landtage vor Allem ein starkes liberales Zentrum geben, welches unter den Devisen der Loyalität und der Vaterlandsliebe so ziemlich alle Parteischattirungen in sich repräsentiren werde. Von diesem Zentrum werden sich nun nach Rechts und Links gravitirende Elemente gruppiren, die jedoch vor der Hand für eine entscheidendere Entwicklung kaum geeignetes Terrain finden werden. — Und dennoch, fährt „Hon“ fort, dauert der Wahlkampf mit Eifer ununterbrochen fort, und zwar nicht ohne Grund, es handelt sich nicht um die Qualität, sondern um die Quantität der Erwerbungen, welche die einzelnen Abgeordneten ihren Wählern nach Hause zu bringen gedenken. In dem, was zu fordern ist, sind die einzelnen Kandidaten so ziemlich einig, eine andere Frage ist aber, und darüber haben sich auch Wenige ausgesprochen, wie viele von den aufgestellten Forderungen sie gegebenen Falles den Anderen zu Liebe opfern wollen, ob sich der Eine begnügt, wenn er von den hingestellten 10 Punkten fünf gewährt erlangt, und ob der Andere vielleicht für die 9 gewährten Punkte den zehnten opfert, oder aber für den zehnten alles auf das Spiel setzen will. — „Hon“ glaubt auch daher, daß es am nächsten Landtage mehr Gemüths- als Parteischattirungen geben werde; und nachdem die Mehrzahl der Kandidaten sich zum Anhang Deaks bekannt hat und sich mit der Hoffnung trage, Deak werde in Betreff jeder einzelnen der oberschwebenden Fragen mit einem fertigen Plane vor den Landtag treten, so dürften die inneren parlamentarischen Kämpfe sich bloß auf Privatkonferenzen beschränken, wo die politischen Aufgaben im Vorhinein derart gründlich besprochen würden, daß sie als bereits gelöst vor das Haus kommen dürften. Man wird sich fragen, fährt „Hon“ fort, wenn in der That so gute Aussichten herrschen, warum hat dann Herr Ghicz so pessimistisch über den Erfolg des bevorstehenden Landtages geurtheilt? „Pesti Hirnök“ hat diese Frage dadurch zu beantworten geglaubt, daß er Herrn Ghicz und den Beschlußmännern überhaupt den Rath gab, sie möchten sich, insofern ihnen an dem Erfolge des Landtages etwas liegt, von dem letzteren fern halten. — Diese Anschauung finde aber nicht bloß im „Pesti Hirnök“ ihren Ausdruck, sie finde sich auch häufiger in der Hitze des Wahlkampfes. Es gebe Viele im Lande, die des Glaubens sind, daß, wenn nur die bösen Beschlußmänner dem Landtage fern bleiben wollten, Alles gut gehen würde. — „Hon“ meint nun, daß man sich auch hierin gewaltig irre, wenn man im Sichernhalten der letztgedachten Partei allein einen glücklichen Ausgang der Landtagsverhandlungen sehe. Wären auch alle Bänke im Landhause von Männern der „Hirnök“-Partei besetzt und würde der Redakteur des „Hirnök“ selbst die Bedingungen zum Ausgleich aufsetzen, der Ausgleich würde dennoch scheitern an den Forderungen der Zentralisten jenseits der Leitha, die — wie dies neuerlich die Wahllaffaire Schufelka's in Wien dargethan — unverbrüchlich am Februar-Patente festhalten. Es bliebe Nichts übrig — so schließt der „Hon“ etwas resignirt — als der Machtpruch des Monarchen.“

— 6. November. (Pr.) In einem Artikel über „Dualismus“ spricht Baron Cötvös entschieden für die Parität, und erklärt als seine Ueberzeugung, daß auch vom Standpunkte ungarischer Interessen nichts wünschenswerther sei, als daß in beiden Reichshälften gleiche Prinzipien platzgreifen. Wie in der ungarischen, seien auch in der jenseitigen Hälfte gleiche Interessen vorhanden, welche verlangen, daß so wie im ungarischen Landtage alle Länder ungarischer Krone vertreten seien, es auch jenseits eine Legislative gebe, die alle nichtungarischen Reichstheile repräsentirt. Ungarn müsse solche Konsequenzen des Dualismus vermeiden, welche der Machtstellung des Reiches gefährlich wären.

**Hermannstadt,** 6. November. Die sächsische Nationsuniversität hat in ihrer heutigen Sitzung den Entwurf zu einer Repräsentation an Se. Majestät, enthaltend mehrere Bedenken gegen den einberufenen Landtag, so wie die Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zur Diskutirung der Unionsfrage, dann eine Andeutung der Voraussetzungen und Bedingungen der Union, nach vorausgegangener General- und Spezialdebatte — im Wesentlichen den Anträgen der Kommission gemäß — angenommen. Ein von der Versammlung beschlossener Zusatz spricht sich dahin aus, daß der endgültigen Beschlussfassung über die Union die definitive Regelung der Stellung Ungarns zur Gesamtmonarchie im Sinne des kaiserlichen Manifestes vom 20. September 1865 vorauszu- gehen hätte.

## Rusland.

**Aus Baden,** 2. November. Wie die „Karlsruher Zeitung“ heute amtlich bestätigt, ist der Gesundheitszustand unseres Großherzogs durchaus nicht befriedigender Art, was längst im ganzen Lande ein offenes Geheimniß war. Es sind starke Blutwallungen nach dem Gehirn, die bisweilen zu ernsteren Befürchtungen Anlaß geben, besonders wenn — wie vielfach in der letzten Zeit — die bei unsern politischen Zuständen unvermeidlichen Aufregungen dazu kommen. Deshalb vorzüglich haben die Aerzte Sr. königl. Hoheit zunächst alle politischen Geschäfte aufs strengste untersagt, weshalb derselbe auf einige Zeit am Genfer See seine Residenz nehmen wird. Vor Kurzem ist auch, wie ich aus bester Quelle vernehme, der Leibarzt der Königin von Preußen und nach diesem auch Professor Friedrich von Heidelberg über das Leiden des Großherzogs konsultirt worden.

**Rom,** 31. Oktober. Ueber die Stärke der neuen päpstlichen Armee sind ganz unrichtige Notizen verbreitet worden. Die „Patrie“ hat von 12.000 Mann gesprochen, welche Zahl auch in der Konvention genannt ist. Die päpstliche Regierung bleibt aber fest bei der Behauptung, daß sie einer solchen Truppenstärke nicht bedürfe, vorausgesetzt, daß von Seiten der italienischen Regierung kein Angriff auf das päpstliche Gebiet zu befürchten ist. Auch wäre die päpstliche Staatskasse außer Stande, eine Armee von dieser Stärke zu erhalten. — In klerikalen Kreisen ist man über den Advokaten Voggio sehr aufgebracht, daß er die Unterredung mit dem Papste in einer Brochure veröffentlicht hat. Man betrachtet sein Benehmen als unedel und undelikat. Man wirft dem Advokaten außerdem vor, daß er sich in Rom mit dem revolutionären Komitee in Verbindung gesetzt habe, da in dem zweiten Theile der Brochure Ansichten ausgedrückt werden, die auch von jenem Komitee verfochten werden. — Hier in Rom erwartet man, daß das italienische Parlament sein früheres Votum, welches Rom zur Hauptstadt Italiens erklärt, zurücknehmen werde, denn nur in dem Falle, daß Italien auf Rom verzichtet, hat die Konvention vom 15. September einen Sinn, und nur dann kann auf die Räumung Seitens der Franzosen gerechnet werden. Was die Uebernahme der päpstlichen Staatsschuld betrifft, so wird darüber von Seite der Florentiner Regierung mit Frankreich und mit dem Hause Rothschild verhandelt; die päpstliche Regierung hält sich ganz ferne, da sie durch die Zustimmung zu einem die Staatsschuld betreffenden Arrangement auch nicht in indirekter Weise den Besitztitel Viktor Emanuels auf die annezirten römischen Provinzen anerkennen möchte.

**Paris,** 6. November. (Pr.) Fould fordert dem Vernehmen nach vom 1. Jänner ab Entlassung von 5000 Beamten behufs einer Ersparniß von 3,700.000 Francs bei den Douanen, während bisher 25,900 Beamte mit einem Gehalte von 30 Millionen dazu nöthig waren. Bismarck machte einen längeren Besuch bei Herrn v. Seebach und erschien neulich mit seiner Gemalin und Tochter in der Großen Oper an der Seite der Herren v. Drouha und Baroche. Prinz Napoleon versuchte vergeblich einen Ausgleich mit dem Kaiser. Zur Beschickung der Cholera-Konferenz haben nach dem „Moniteur“ bis jetzt zehn Staaten zugestimmt.

— 6. November. Der Kaiser ist heute Morgens nach einer Besichtigung der Fürstin Bacciochi abgereist. Er wird daselbst die landwirthschaftliche Ausstellung mit seiner Gegenwart beehren. Es heißt, der Kaiser werde morgen Abends zurückkehren. — Graf Bismarck ist heute abgereist. — In Pau und Orthez wurden die Regierungskandidaten Larabure und Chesnelong zu Deputirten gewählt.

**Brüssel,** 2. November. Dem „Frankf. Journ.“ schreibt man von hier: „Alle belgischen Offiziere haben ihre Entlassung verlangt, weil die Regierung in Mexiko den Baron van der Smiffen des Kommando's entsetzt und dasselbe einem Mexikaner, der früher dessen Untergebener war, dem Lieutenant-Obersten Memlez, anvertraut hat. Wahrscheinlich wird das belgische Korps weit ins Innere entsendet oder mit den österreichischen Regimentern verschmolzen werden.“

**Vetersburg,** Ueber das Verhältniß Rußlands zu Preußen spricht sich die russische „Stimme“ in folgender naiv-charakteristischer Weise aus: „Rußland darf Preußen keine maßlosen Bestrebungen erlauben. Preußen und fast eben so auch Oesterreich bestehen durch die Gnade Rußlands. (!) Preußen kann auf den Schutz

Rußlands auch für die Zukunft hoffen, wenn es sein ruhiger, stiller, ergebener Bundesgenosse bleibt, der nichts Ueberflüssiges fordert und das Bündniß mit uns nicht durch allerlei Prätexten kompromittirt, die seinen Kräften nicht angemessen und für uns ganz nutzlos und sogar schädlich sind.“

**Konstantinopel.** Wie der „Levant Herald“ meldet, ist die Frage des Vakufs endgiltig gelöst und der betreffende großherrliche Hat wird nächstens erscheinen. Das ganze Vakuf-Eigenthum (den Moscheen zinsbares Lehngut) wird in Mulk (freies Eigenthum) verwandelt und unterliegt denselben Gesetzen; wenn keine Erben vorhanden sind, fällt es nicht mehr an die Geistlichkeit, sondern an den Staat. Es wird eben so besteuert wie das Mulk-Eigenthum und von dem Ertrage erhalten die Moscheen 20—30 Prozent. Man berechnet, diese Maßregel werde das Einkommen der Moscheen fast verdreifachen, den Staatsschatz aber nicht bloß von den jährlichen Zuschüssen im Betrage von 30 Millionen Piaster befreien, sondern demselben ein Mehreinkommen von 2 bis 2½ Millionen Pfund zuführen.

**Alexandrien,** 26. Oktober. Der österreichische Schiffstationskommandant ist heute dem Vernehmen nach mit mehreren Offizieren zur Befichtigung der Suez-Kanalarbeiten abgereist. Am Bord dreier österreichischer Dampfer sind in den letzten drei Tagen nahezu 1000 Reisende hier angekommen. Die französischen, englischen und italienischen Dampfer, so wie die englischen Kaufahrer bringen ebenfalls fortwährend neue Antommilinge in großer Anzahl. Die nach Nubien und Kordofan zur Unterdrückung der unter dem dort liegenden irregulären Militär ausgebrochenen Meuterei entsendeten Truppen haben die Insurgenten besiegt und ihnen an Todten, Verwundeten und Gefangenen einen Verlust von 1800 Mann beigebracht. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

## Tagesneuigkeiten.

Se. Majestät geruhen dem Präsidium der k. k. n. ö. Statthalterei zur Vertheilung an die hilfsbedürftigsten Bewohner der im Monate Juli d. J. durch Hagelschlag heimgesuchten Gemeinden des Bezirkes Haugsdorf allergnädigst den Betrag von dreitausend Gulden übergeben zu lassen.

— Wie „P. Hirnök“ vernimmt, hat Se. Majestät die Errichtung einer außerordentlichen Lehrkanzel für slavische Sprache und Literatur an der Pester Universität zu gestatten geruht.

— Das Komitee zur Vorbereitung der Empfangsfeierlichkeiten für Se. Majestät den Kaiser wird bis zum 9. d. M. das Programm in seinen Hauptzügen vorlegen. Der Dekorateur Moriz Lehmann legte demselben den Plan zu einem Triumphbogen vor, der nächst den Holzplätzen auf der Waignerstraße in Pest postirt werden soll. Der Entwurf hat den Beifall der Sachverständigen gefunden und dürfte wahrscheinlich zur Ausführung kommen. Außer dieser Ehrenpforte sollen der Waignerstraße entlang noch nahe an hundert kleinere Bogen aufgestellt werden, so daß die ganze Zeile einer Halle gleichen würde. Am Beleuchtungsabende sollen der große Triumphbogen und das Redoutengebäude mit elektrischem Lichte erhellet werden. Ferner wird der Monarch an der Grenze des Pester Stadtgebietes nächst Palota durch eine Monstredeputation der Pester Bourgeoisie feierlichst begrüßt werden.

— Se. Majestät der Kaiser Ferdinand langten, wie die „Prager Ztg.“ meldet, Montag um 12 Uhr 30 Minuten im Bubener Bahnhofe mittelst Hofseparatzuges an, von wo Allerhöchstdieselben in einem der bereit gehaltenen Hofwagen nach der k. Hofburg fuhren. Se. Majestät verließen im zweiten Hofraum bei der Burgkapelle den Leibwagen und verfügten sich unmittelbar in die kaiserlichen Appartements. Se. Eminenz der Herr Kardinal Fürstbischof zu Schwarzenberg hatte sich in der k. Hofburg eingefunden. — Die „Boh.“ setzt hinzu, daß Se. Majestät sich in einer Sänfte über die Stiege der Hofburg tragen ließen und vortrefflich aussehen.

— Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta wollten, wie die „Salzb. Ztg.“ meldet, vorgestern, Dienstag, sammt Hofstaat Salzburg verlassen und früh nach Wien abreisen.

— Die Umwechslung der am 15. Dezember 1865 fälligen Talons gegen neue Kuponsbogen zu den 4½ perz. Obligationen des Anlehens vom 15. Dezember 1849 beginnt bei der k. k. Universalstaatsschuldenkasse am 16. November 1865.

— Zur Erzielung von Ersparungen und Vereinfachung soll sicherem Vernehmen nach die k. k. Münz- und Bergwessenshofbuchhaltung mit der k. k. Kameralhauptbuchhaltung in eine einzige Hofbuchhaltung, und zwar schon binnen kurzer Zeit, vereinigt werden.

— Nach einem Antrage der obersten Staatsbuchhaltung sollen aus Rücksicht des allgemein einzuführenden Sparsystems mit 1. Jänner kommenden Jahres sämtliche, bisher bei den verschiedenen Buchhaltungen bestehenden Diurnisten (Tagsschreiber) sowohl in Wien als auch in der Provinz entlassen und die denselben obliegenden Arbeiten als das Mundiren, Rubriziren u. dgl. unter die in den betreffenden Aemtern selbst bestehenden Beamten vertheilt werden.

Der Präliminar-Vertrag für den österreichisch-englischen Zoll-, Handels- und Schifffahrtsvertrag ist, wie der „N. Fr. Pr.“ gemeldet wird, am Samstag von den Delegirten vereinbart worden und gelangt nun durch die Minister-Konferenz zur kaiserlichen Sanction. Es ist darin stipulirt, daß englische und österreichische Kommissäre längstens in drei Monaten zusammentreten, um den Vertrag selbst festzustellen, der 1868 in Wirksamkeit treten soll. In der Zwischenzeit wird der Tarif, für welchen 15 Prozent als höchster Werthzoll gelten sollen, entworfen. Eisen, wollene Waaren, Getränke und Colonialwaaren sind an das Maximum der 15 Prozent nicht gebunden. Auch zur Verhandlung über den Handelsvertrag mit Frankreich werden nun Vorbereitungen getroffen; die Berufung des Herrn Sektionsraths Schwarz aus Paris nach Wien bezieht sich hierauf.

In den Schaufenstern des Ateliers der k. k. Kammer-Kunststickerin Frau Marie Benkovits nächst der k. k. Burg befinden sich zwei mit Kunst und Geschmack gearbeitete, für die österreichischen Freiwilligen in Mexiko bestimmte Fahnenbänder, welche auf Bestellung Ihrer Majestät der Kaiserin von Mexiko angefertigt wurden und demnächst an ihren Bestimmungsort abgehen. Die Wappen Mexiko's und Belgiens sind auf den schwarzen Bändern reich mit Gold gestickt.

An die Gemeinde-Vertretung von Ischl ist nachstehendes, aus Mexiko vom 20. September datirtes Schreiben eingelangt: „Gehrte Herren! Se. Majestät der Kaiser hat mit inniger Betrübniß die Kunde von dem traurigen Ereignisse vernommen, das Ischl betroffen hat. Die angenehmen Erinnerungen aus ostmaligem Aufenthalte in der Jugend in jenem lieblichen Kurorte, denen Se. Majestät ein warmes Andenken in seinem Herzen bewahrt, gaben Allerhöchstdemselben besondern Anlaß zur Theilnahme, und ich bin beauftragt, Ihnen, meine Herren, als Vertretern der Gemeinde, von diesen Gefühlen meines kaiserlichen Herrn Mittheilung zu machen und Ihnen zur theilweisen Abhilfe des entstandenen Schadens den Betrag von 2000 fl. zu übersenden. Im Allerhöchsten Auftrage: Der Kabinetsekretär F. Cloin.“

Die Redaktion des „Telegraf“ zeigt an: Das gestrige Morgenblatt des „Telegraf“ wurde von der Behörde mit Beschlag belegt. Der beanständete Artikel behandelte den Zusammenhang unserer inneren und äußeren Politik. Um unsere P. T. Abonnenten wenigstens theilweise zu entschädigen, erfolgt die Ausgabe des heutigen Abendblattes in einem ganzen Bogen sammt Beilage.

Die Biererzeugung im Rayon und Bezirke von Graz ist in fortwährender Zunahme begriffen. Während dieselbe im Jahre 1864 kaum das Quantum von 263.000 Eimern erreichte, betrug sie im laufenden Jahre bereits die enorme Summe von 309.702 Eimern. Einem ähnlichen Ausweise über diesen Verkehr entnehmen wir folgende interessante Daten: die Hold'sche Bierbrauerei erzeugte 96.900, Schreiner 96.662, Reininghaus 67.680, Zapf 12.960, Benz 11.600, Seiff 10.750, Fabian 6230, Kindermann 2960, Bauer 3360, Reismüller 600 Eimer. Mehr als im Vorjahre erzeugten Hold 2200, Schreiner 32.134, Reininghaus 1283, Zapf 1920, Benz 1440, Seiff 850, Fabian 630, Kindermann 360, Reismüller 120 Eimer. Bauer hingegen um 780 Eimer weniger. Zwei Drittheile des von den drei größten Brauereien erzeugten Bieres wurden in die südlichen Theile der Steiermark, nach Kärnten, Krain, Kroatien und Triest, in das Venetianische und nach Stationen jenseits des mittelländischen Meeres versendet. Das Kapital, das hiedurch in Umlauf gesetzt wurde, belief sich auf nicht weniger als 1.900.000 fl. (Tgsp.)

Sanitätsbulletin aus Triest. Bis zur Mitternacht des 5. d. M. 2 neue Fälle, wovon einer an Bord eines Schiffes in der Sacchetta, das so gleich strenge isolirt wurde, der andere endigte mit dem Tode. Von den früher Befallenen starb einer. Beim Militär keine Aenderung. Bis zu dem Augenblicke, da Vorstehendes unter die Presse ging, kein neuer Fall.

Die „Bozner Ztg.“ schreibt: „Laut Privatnachrichten aus Triest vom 30. Oktober sollen bereits 110 Cholerafälle unter Militär- und an 50 unter Zivilpersonen vorgekommen sei. Die Lehranstalten sind einstweilen gesperrt, eine Menge Familien (wie man sagt, 3000 Personen) aus der Stadt geflohen.“ Die Zahl der Fälle (während der ganzen, nun schon mehr als sechswochenhellen Dauer der Krankheit) mag richtig angegeben sein; das Uebrige aber ist eine ungeheuerliche Uebertreibung.

### Lokalbericht und Korrespondenzen.

Wir entnehmen aus den soeben erschienenen „Ergebnissen der Verzehrungssteuer im Sonnenjahre 1864,“ zusammengestellt vom Rechnungsdepartement des k. k. Finanzministeriums, nachstehende Daten für Krain. Der Gesamtbetrag der Verzehrungssteuer betrug in Krain: 1. Auf dem offenen Lande mit einer Bevölkerung von 431.194 Seelen im Jahre 1864 366.432 fl., im Jahre 1863 hingegen 362.045 fl.; 2. in der geschlossenen Stadt Laibach mit 20.747 Einwohnern im J. 1864 123.806 fl., im J. 1863 hingegen 125.086 fl., darunter ist an Pachtzins begriffen ein Betrag von 110.200 fl. — Bierbrauereien gab es im J. 1863 25, im J. 1864 23. Es wurden an Steuern 53.034 fl. für 42.840 niederösterreich. Eimer (à 42 1/2 Maß) bezahlt. — Erzeugt wurden auf dem Lande 32.475 Eimer, wofür eine Steuer von 40.471 fl., und in Laibach

10.500 Eimer, wofür eine Steuer von 12.691 fl. bezahlt wurde. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß der Steuerfuß für die Stadt und das flache Land verschieden ist. Fünf Brauereien befanden sich außer Betrieb. — Branntweinbrennerien gab es u. z. händlerische 2712, andere 190, zusammen 2902 mit eben so viel einfachen Destillirapparaten. Abgefunden waren 100, die anderen zahlten die Steuern nach dem Maßraum. Die gesammte Steuer von diesen Brauereien betrug 15.487 Gulden. Steuerfrei wurden 792 Eimer Branntwein erzeugt. (Die steuerfreie Menge beträgt für jede Person 1 n. ö. Eimer jährlich.)

— Der Pfarrvikar Otto Schack aus Eisen wird kommenden Sonntag, 12. d. M., in der hiesigen evangelischen Kirche eine Probepredigt halten.

— Seit 1. I. M. befindet sich der Briefmarkenverleiher sammt Sammelkasten der St. Peter-Vorstadt wieder im Spezzereigewölbe des Leut'chen Hauses an der Fleischer-Brücke.

— Zum Verschließen der Geldbriefe sind nach einer Mittheilung des hiesigen Postamtes die sogenannten Siegelmarken durchaus nicht verwendbar; es ist dazu immer nur gutes hartes Siegelwachs zu nehmen.

— Auf der Polana-Vorstadt wurde einem Tagelöhner aus seiner erbrochenen Truhe, die im Stalle stand, ein Betrag von 87 fl. und ein Rod gestohlen. Desgleichen kam dem Tagelöhner J. M. im Bahnhose ein Rod abhanden. Der Thäter dieser beiden Diebstähle ist sammt einem Theile des Entwendeten zu Stande gebracht und dem Gerichte übergeben worden.

— Es ist der Zweifel angeregt worden, ob wohl die Zurückführung des Namens der Stadt Neustadt auf den alten, durch die Gnade des Landesfürsten erworbenen Namen Rudolfs- werth von einem praktischen Nutzen sei? Darauf läßt sich ganz kurz entgegen, daß nur allein in der österreichischen Monarchie e i s Dörtschaften den Namen Neustadt führen, und wenn schon ein in Krain für Neustadt aufgegebener Brief wohl nirgends anders, als nach unserem Neustadt in Unterkrain expedirt wurde, ein außer Krain aufgegebener Brief mit der Adresse Neustadt gar leicht nach einem andern Orte dieses Namens abging, und wie wir es aus eigener Erfahrung wissen, erst nach mehreren Kreuz- und Querfahrten an seine rechte Adresse gelangte. Das ist gewiß unangenehm und kann von sehr nachtheiligen Folgen sein; deshalb ist es offenbar auch von praktischem Nutzen, wenn durch den Gebrauch des Namens Rudolfswerth solchen Irrungen begegnet wird.

(Theater.) Gestern fand die Benefizvorstellung des Herrn Penn in bei ziemlich besuchtem Hause statt. Es wurde das Lustspiel „Mentor“ und Schillers „Lied von der Glocke“ in Kofeski's klassischer slovenischer Uebersetzung, gesprochen von Herrn Penn als Meister und Fr. P. als Weiserin, mit Beifall gegeben. Die lebenden Bilder, unter Leitung unseres vaterländischen Künstlers Herrn Kurz v. Goldenstein ausgeführt, fanden besondere Anerkennung.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Prag, 7. November. (Pr.) Die Unterhandlungen mit dem Grafen Rothkirch wegen Uebernahme des Statthalterpostens haben sich gänzlich zerschlagen, trotzdem bleibt Kazansky schwerlich Statthalterei-Leiter. Die Besetzung soll noch vor der Landtags-Gröfnung erfolgen.

Agram, 7. November. (Pr.) Morgen wird hier ein von Baron Hellenbach entworfenes und von zwölf notablen Landtagsmitgliedern der ungarisch gesinnten und der national-liberalen Partei unterfertigtcs Fusionsprogramm veröffentlicht, des Sinnes, die Regelung staatsrechtlicher Verhältnisse zum Gesamtstaate sei mit Ungarn gemeinschaftlich, jedoch auf Grund vollkommener Parität, und dann erst die Unionsfrage mit Ungarn vorzunehmen.

München, 7. November. Der „Bair. Z.“ zufolge hat der Minister des Innern von Neumayr aus Gesundheitsrücksichten am 4. d. M. um seine Enthebung gebeten. Der König hat einen Entschluß noch nicht gefaßt.

Berlin, 7. November. Das Obertribunal erkannte gegen den Abgeordneten Twesten wegen dessen Theilnahme an den Beschlüssen des Abgeordnetentages vom 21. Dezember 1863 auf die Ertheilung eines Verweises. In der ersten Instanz erfolgte dessen Freisprechung.

Kassel, 6. November. Die „Kasseler Ztg.“ meldet amtlich, daß Staatsrath Pfeiffer auf sein Nachsuchen von der Stelle eines Vorstandes des Justizministeriums enthoben wurde.

Altona, 7. November. Die „Schleswig-Holsteinische Ztg.“ meldet: Die Kirchspiele Nordermeldorf, Südermeldorf-Marsch und Südermeldorf-Weest beschloßen, beim Süderdithmarschen Landesvorsteherkollegium zu beantragen, das letztere möge sich mit einem Besuche um die Einberufung der Ständeversammlung an den Statthalter wenden.

Hamburg, 7. November. (N. Fr. Pr.) Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ dementirt, daß der Erbprinz von Augustenburg die Absicht habe, Holstein freiwillig zu verlassen. Die westholsteinischen Vereine beabsichtigen, beim österreichischen Statthalter einen Schritt zu thun und um die beschleunigte Berufung des Landtages zu bitten.

London, 7. November. Der heutigen „Morning-Post“ zufolge dürfte Graf Granville den Botschafterposten in Berlin, Lord Napier den Posten des Gouverneurs von Madras, und der Marineminister Herzog v. Somerset Carl Granville's bisherige Stelle übernehmen. — Der südstaatliche Kreuzer „Shennandoah“ hat gestern Liverpool erreicht und sich den Behörden ergeben. Derselbe wird muthmaßlich an die Regierung der Union ausgeliefert werden.

New-York, 28. Oktober. „New-York Times“ sagt: „Wenn Lord Russell den Entschluß der britischen Regierung bezüglich der Kapereien des „Alabama“ für definitiv erklärt, so sei die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen unmöglich.“ — Der Finanzminister erklärt die Subskription auf die konsolidirte Anleihe von

50 Millionen für geschlossen. — Nachrichten aus Mexiko zufolge hat Kaiser Maximilian den Prinzen Augustin Iturbide öffentlich als Thronerben adoptirt.

### Geschäfts-Zeitung.

Rudolphs-Bahn. Bezüglich der Kronprinz Rudolphs-Bahn ging der „Öf. P.“ unterm 6. d. M. folgender Bericht zu: Gestern ist die von dem Triester Stadtaussschuß hierher (nach Wien) gesandte Deputation dreier Gemeinderäthe wieder abgereist, welche zum Zwecke hatte, die im Zuge befindlichen Verhandlungen über die projektirte Kronprinz Rudolphs-Bahn von Haag über Tarvis an das adriatische Meer zu beschleunigen und zu einem für Triest so dringend notwendigen günstigen Resultate zu führen. Insofern hierbei auch Görz und Evidale theilhaftig sind, haben sich obiger Deputation Abgeordnete dieser beiden Städte zugesellt, um gemeinschaftlich die nöthigen Schritte zu unternehmen. Der wesentlichste Punkt des allseitigen Einschreitens betraf, wie wir vernehmen, die Eisenbahnstrecke von Tarvis ans Meer, welche die Konzeptionswerber, in Uebereinstimmung mit der Triester Handelskammer, über Pontebba und Udine nach Cervignano (einem in den Lagunen Aquileja's gelegenen, landeinwärts durch den Fluß Naffa gebildeten und nur für kleine Barken zugänglichen Hafen) leiten möchten, während es für die Stadt Triest von größter Wichtigkeit ist, daß dieselbe in das große Handelsemporium der Monarchie einmünde. Das Handelsministerium hatte schon früher festgesetzt, ein endgiltiges Urtheil über diese alternative Strecke erst dann zu schöpfen, wenn die diesfälligen Studien ganz vollendet sein würden, was, wie wir hören, binnen drei bis vier Wochen der Fall sein wird. Es soll sodann einigen in der Sache ganz unparteiischen Ingenieuren das gewissenhafte Gutachten übertragen werden, ob die nach den bisherigen Vorerhebungen um ungefähr vier Meilen kürzere Bahnstrecke über den Prebil nach Görz und Triest ungeachtet der größeren Steigung nicht etwa den Vorzug verdiene vor der projektirten Strecke über Pontebba, Udine, Cervignano, wo, ganz abgesehen von bedeutenden strategischen und politischen Gründen, die eine solche Richtung unter gewissen Verhältnissen nicht eben als zweckmäßig erscheinen lassen, ungeheuerer, kaum zu bewältigende Terrainschwierigkeiten sich zeigen. Wie immer jedoch das Ergebnis dieser Vorerhebungen ausfalle, bestehen die oberwähnten Deputationen, insbesondere jene von Triest, darauf, daß, wenn auch der Uebergang über Pontebba jenem über den Prebil vorgezogen werden könnte, der Ausgangspunkt der neuen Bahn jener seit mehr als einem Jahrhundert mit beträchtlichem Aufwande von der Regierung gegründete und erhaltene Hafen sei, dessen ganze Existenz gefährdet, ja mit der Zeit gänzlich vernichtet würde, wenn in geringer Entfernung ein neuer Stapelplatz zwischen Triest und Venedig entstände.

Auf dieses Resultat scheint es von Seite der ausländischen Mitglieder der Triester Handelskammer, insbesondere der Schweizer, abgesehen zu sein, welche hierbei das gewichtigste Wort führen, und wahrscheinlich wieder von der schweizer Flagge und sogar von einem schweizerischen Hafen träumen, welchen sie jetzt auf eigene Kosten beginnen und später auf Staatskosten vollenden möchten. — Wir vernehmen, daß unser Handelsminister, welcher alle betreffenden Lokalverhältnisse aus eigener Erfahrung und Anschauung genau kennt, in dieser hochwichtigen Angelegenheit mit größter Umsicht vorgehen und schwerlich den Ausgangspunkt einer neuen europäischen Hauptbahn in einen Morast verlegen wird. Was jedenfalls bei dieser Verhandlung hervorgehoben zu werden verdient, ist das wahrhaft patriotische Streben der städtischen Vertretung von Triest, welche bei diesem Anlasse selbst die kommerziellen Interessen des österreichischen Emporioms fortwährend im Auge hielt und ungeachtet der allseitigen Anstrengungen der Konzeptionswerber den Muth nicht sinken ließ, wenn sie auch sonderbarer Weise bei der Handelskammer gar keine Unterstützung fand.

Laibach, 8. November. Auf dem heutigen Marke sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide, 9 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 49 Ztr. 50 Pfd., Stroh 105 Ztr. 95 Pfd.), 52 Wagen und 5 Schiffe (40 Klasten) mit Holz.

#### Durchschnitts-Preise.

	Wt. fl. tr.	Wtg. fl. tr.		Wt. fl. tr.	Wtg. fl. tr.
Weizen pr. Mohn	3 54	4 5	Butter pr. Pfund	—	45
Korn	2 66	2 72	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	—	2 20	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	—	1 72	Rindfleisch pr. Pfd.	—	16
Halbfrucht	—	2 90	Kalbtfleisch	—	20
Heiden	1 94	2 45	Schweinefleisch	—	20
Hirse	2 6	2 60	Schöpfenfleisch	—	9
Kukuruz	—	2 65	Hähnel pr. Stück	—	25
Erbsen	1 30	—	Tauben	—	12
Linfen	4 50	—	Heu pr. Zentner	1 50	—
Gröfen	4	—	Stroh	1 20	—
Risolen	4 50	—	Holz, hart, pr. Kst.	—	8 50
Rindschmalz Pfd.	—	50	— weiches, „	—	6 50
Schweinschmalz „	—	42	Wein, rother, pr.	—	13
Sped, frisch	—	30	Eimer	—	14
— geräuchert	—	40	— weißer „	—	14

### Theater.

Heute Donnerstag den 9. November:  
Zur Erinnerung an Friedrich von Schillers Geburtstag.  
Wilhelm Tell.  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich v. Schiller.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Seit	Barometerstand in Pariser Linien auf 10 P. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richt des Stimmels	Niederschlag in Pariser Linien
	6 U. M.	326.55	+ 6.5	S. f. schw.	trübe	
	8. „ M.	325.47	+ 7.2	S. d. schw.	trübe	0.00
	10 „ Ab.	326.69	+ 6.4	S. f. schw.	trübe	

Den ganzen Tag geschlossene Wolkendecke. Theilweise Nebelbildung auf den Bergen der Umgebung. Nach 8 Uhr Abends Nebelregen.

### Korrespondenz der Redaktion.

Herrn Z. in Wien: Die „Laib. Ztg.“ hat Silber's und Churche's „Dolomitberge“ bereits besprochen, wir bedauern daher, ihren interessanten Aufsatz nicht aufnehmen zu können. Wollen Sie gefälligst darüber verfügen. — Herr L. D. in Aßling: Die in Aussicht gestellten forschwissenschaftlichen Abhandlungen sehr erwünscht.

**Telegraphische Effekten- und Wechsel-Kurse**  
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.  
Den 8. November.

5% Metalliques 65.—	1860er Anleihe 84.30
5% Nat.-Anleh. 69.35	Silber . . . 107.75
Banckattien . 77.—	London 108.50
Kredittattien . 157.90	R. k. Dutaten 5.24

**Fremden-Anzeige**

vom 7. Novbr.  
**Stadt Wien.**  
Die Herren: Gittermann, von Bamberg.  
— Pufschel, Dr. der Medizin, von Graz.  
— Zeblicka, Ingenieur, von Marburg.

**Elephant.**  
Die Herren: Kitzschel, Ingenieur, von Triest.  
— Ebermeyer, Carlowid, und Fröhlich, Handlungsreisender, von Wien.  
— Löwenthal Kaufmann, von Sisset. — Dgrinz, k. k. Bez.-Vor-

sicher, von Laas. — Zanier, Handelsmann, aus Unterfrain. — Bogazher, Holzändler, aus Oberfrain.

Frau Mallovič, k. k. Oberlieutenantsgattin, von Zara.

**Wilder Mann.**

Herr Trabuković, k. k. Major, von Kleinsad.  
**Kaiser von Oesterreich.**  
Die Herren: Dessauer, Optiker, von Ulm.  
— Rudl, Geschäftsreisender, von Wien.  
Frau Benich, von Triest.

**Brennholzverkauf.**

Eine größere Quantität billiges, gesundes Buchenholz, vollkommen ausgetrocknet, in 36-jährigen Scheitern, steht vorrätig zum Verkaufe in der Laibacher Zündwaarenfabrik. (2310—2)

**Dankfagung.**

Für die allseitige warme Theilnahme und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte meines innigstgeliebten unvergesslichen Vaters

**Johann Mrak**

sage ich Allen meinen tiefgefühlten innigsten Dank.

(2324)

Anna Mrak.

**Oeffentlicher Dank.**

Der Gefertigte fühlt sich verpflichtet, der k. k. priv. allgemeinen Affekuranz Assicurazioni Generali in Triest für die durch ihren Hauptagenten Herrn Vinzenz Seunig hier erfolgte prompte Auszahlung der im Februar d. J. gelösten Versicherungs-Polize seines verstorbenen Sohnes Ludwig Freiberger von 2000 fl. im Namen der hinterlassenen unmündigen Kinder hiemit den verbindlichsten Dank auszusprechen.

(2304—2)

Georg Freiberger.

(2303—3)

**Zwei Pferde,**

Schimmel, sind zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt das Zeitungs-Comptoir.

(2319—2)

**Dorf,**

gut getrocknet, loco Laibach ins Haus gestellt, den Zentner mit 20 kr.

Bestellungen übernimmt J. Pulsdorf, alten Markt Nr. 131, im 1. Stock.

2273—3

Nr. 3446.

**Exekutive Feilbietung.**

Von dem k. k. Bezirksamte Radmannsdorf als Gericht wird hiemit bekannt gemacht: Es sei über das Ansuchen des Herrn Dr. Lovro Loman von Radmannsdorf gegen Johann Mandelz von Schalkendorf wegen aus dem Urtheile vom 20. Dezember 1864, Z. 4566, schuldiger 80 fl. ö. W. e. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der dem Letztern gehörigen, in der Steuergemeinde Schalkendorf gelegenen Ueberlandrealität, Parz. Nr. 205 und Steinwiese Parz. Nr. 206, im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 260 fl. ö. W., gewilliget und zur Vornahme derselben die exekutive Feilbietungs-Tagsatzungen auf den

- 22. November und
- 22. Dezember 1865 und
- 22. Jänner 1866,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in der Amtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Visitationssbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtskunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Radmannsdorf als Gericht, am 3. Oktober 1865.



**Die Niederlage**  
meiner  
**Petroleum-Lampen-Fabrik**

befindet sich bei  
**Anton Krisper,**  
und wird daselbst mein Fabrikat zu Fabrikpreisen ohne Zuschlag der Frachtspeisen verkauft.

R. Ditmar.

Echt amerikanisches unentzündliches Petroleum sowie die neuen dauerhaften Phönix-Zylinder sind daselbst zu den billigsten Preisen zu haben. (2281—3)



**MOLL'S**  
**Seidlitz-Pulver.**



Central-Versendungs-Depot: Apotheke „zum Storch“ in Wien.

**Zur Beachtung.** Jede Schachtel der von mir erzeugten Seidlitz-Pulver und jedem die einzelne Pulverdose umschließenden Papier ist meine amtlich deponirte Schutzmarke aufgedrückt.

Preis einer versiegelten Originalschachtel 1 fl. 25 kr. öst. W. — Gebrauchs-Anweisung in allen Sprachen.  
Diese Pulver behaupten durch ihre außerordentliche, in den mannigfaltigsten Fällen erprobte Wirksamkeit unter sämtlichen bisher bekannten Hansarzneien unbestritten den ersten Rang; wie denn viele Tausende aus allen Theilen des großen Kaiserreiches uns vorliegende Dankfagungsschreiben die detaillirten Nachweisungen darbieten, daß dieselben bei habitueller Verstopfung, Unverdaulichkeit und Sodbrennen, ferner bei Krämpfen, Nierenkrankheiten, Nervenleiden, Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Blutcongestionen, gichtartigen Glieder-Affectionen, endlich bei Anlage zur Hysterie, Hypochondrie, andauerndem Brechreiz u. s. w. mit dem besten Erfolg angewendet werden und die nachhaltigsten Heilresultate liefern.

**Niederlage** in Laibach bei Herrn **Wilhelm Mayer**, Apotheker „zum goldenen Hirschen.“ **Görz: Fonzari.**  
**Gurkfeld: Fried. Bömches. Gottschee: Jos. Kreu. Krainburg: Seb. Schannigg,**  
Apotheker. **Neustadt: Dom. Rizzoli** und **Josef Bergmann.** **Wippach: Ant. Deperis.**  
Durch obige Firma ist auch zu beziehen das

**Echte Dorsch-Leberthran-Öel.**

Die reinste und wirksamste Sorte Medicinalthran aus Bergen in Norwegen.  
Jede Bouteille ist zum Unterschied von andern Leberthranarten mit meiner Schutzmarke versehen.  
Preis einer ganzen Bouteille nebst Gebrauchsanweisung 1 fl. 80 kr., einer halben 1 fl. öst. W.  
Das echte **Dorsch-Leberthran-Öel** wird mit dem besten Erfolg angewendet bei Brust- und Lungenkrankheiten, Scropheln und Rachitis. Es heilt die veralteten Gicht- und rheumatischen Leiden, so wie chronische Hautausschläge. Diese reinste und wirksamste aller Leberthran-Sorten wird durch die sorgfältigste Einsammlung und Ausscheidung von Dorschfischen gewonnen, jedoch durchaus keiner chemischen Behandlung unterzogen, indem die in den Originalflaschen enthaltene Flüssigkeit sich ganz in demselben ungeschwächten primitiven Zustande befindet, wie sie aus der Hand der Natur unmittelbar hervorging.

**A. MOLL,**

Apotheker und chemischer Produkten-Fabrikant in Wien.

(95—43)